

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags um 4 Uhr bis zum 1. Juni. — Preis 10 Pf. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Reichsmark. Bei Abnahme eines oder mehrerer Hefen 1.15 Reichsmark. Bei den Postämtern monatlich 3.75 ohne Postgebühr. Einzelhefte 20 Pfennig. — Berlin und Gröden: Halle & Co. Große Ulrichstr. 27. — Fernsprecher Nr. 6802. — Schlußredaktion Seite 411.

Nr. 124.

Halle, Mittwoch, den 4. Juni 1919.

3. Jahrgang.

Die Zukunft der Arbeiterräte.

Geselle Dr. S. Sinsheimer, der zu dieser Frage auf dem Weimarer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Referent ist, schreibt:

Der Arbeiter für das Reich der politischen Demokratie ist in Weimar errichtet worden. Das Werk der Sozialdemokratie ist noch zu schaffen. Was die Arbeiterräte sein können und sollen, ist, daß sie als Organe der sozialen Demokratie

im Rahmen des staatlichen Gesetzes, das ihren Spielraum festsetzt, ein tätiges Leben führen. Es kommt darauf an, sich die Funktionen solcher Arbeiterräte genau festzustellen:

1. Das wirkliche Recht ist nicht nur vom Staat gegeben. Die Normen, die tatsächlich die Menschen binden, sind an einem großen Teile soziale, d. h. durch gesellschaftliche Macht bestimmte Normen. Man denke an die Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, an die Mietformulare der Hausbesitzervereinigungen, an die Preisfestsetzungen, Preisobergrenzen der Einkünfte usw. Die Arbeiterräte sind dazu berufen, an einer solchen sozialen Rechtsbildung mitzuwirken. Sie sollen Organe der sozialen Rechtsbildung sein, und zwar für alle Angelegenheiten, die unmittelbar oder mittelbar Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten betreffen.

Eine solche Rechtsbildung ist natürlich gebunden an das Recht der gegenüberstehenden Organisationen, an deren Spitze die Arbeiterräte ein lebhaftes Interesse haben. Sind einmal solche Rechtsvereinbarungen, die eine normative Geltung für alle durch die Arbeiterräte vertretenen Personen haben müssen, geschlossen, so muß zugleich die Durchführung dieses sozialen Rechts in die Hand der Arbeiterräte gelegt werden. Sie werden damit zugleich Organe der sozialen Rechtsverwaltung, welche die Einhaltung des sozialen Rechts durch Einwirkung auf ihre Angehörigen sichern.

2. Eine wichtige Aufgabe des künftigen Aufbaues des gesamten Arbeiterrates wird die Begründung einer besonderen, von der allgemeinen Zentralverwaltung losgelösten Arbeitsverwaltung sein, die sich ausschließlich der Pflege und Förderung der Interessen der abhängigen Arbeit zu widmen hat. Die Arbeiterräte können selbständige Hilfsorgane einer solchen Arbeitsverwaltung sein. Damit wird der alte Gehalts der Arbeiterkammern neben Arbeitskammern aufgenommen.

Eine Hauptaufgabe der Arbeiterräte in dieser Funktion müßte die Kontrolle über die wirkliche Durchführung aller sozialpolitischen Bestimmungen in den Betrieben sein, die Zentralisierung der Arbeiter- und Angestelltenvertretungen in den Betrieben, um sie zu schützen und ihnen einheitliche Impulse zu geben, sowie die Mitwirkung ihrer Vertreter in allen sozialen Metern.

3. In der Organisation des wirtschaftlichen Wieder- und Aufbaues wird eine gemeinschaftliche Industrieverwaltung besonders wichtig sein. Nichts ist wichtiger, als die Zusammenfassung aller unabhängigen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die in ihnen und durch sie eine erhöhte Wirksamkeit erlangen. Die Arbeitsgemeinschaften der Organisationen untereinander wären nicht mehr von Fall zu Fall durch langwierige Verhandlungen spontan zusammengebracht. Sie wären kraft Gesetzes da, und die dadurch geschaffene Machtverteilung des gesellschaftlichen Faktors der abhängigen Arbeit planvoll in die soziale Verfassung des Volkes eingetrag. Der darin liegende Vorteil ist so außerordentlich, daß die in der pflichtmäßigen Organisation nichtorganisierten Arbeiter lebendigen Schwierigkeiten und Spannungen aufzuheben und abzurufen werden müssen. Die Geschäfte der Gewerkschaften zeigt, daß sie fähig sind, solche Schwierigkeiten zu überwinden.

Den Weg hierzu

ist die Beteiligung von Vertretern der Arbeiterräte, die somit als selbständige Organe auch der Industrieverwaltung eingegliedert werden können.

4. Eine Hauptaufgabe der künftigen Verwaltung und Gesetzgebung muß sein, daß in ihnen möglichst unmittelbar die lebendigen Gesellschaftsinteressen zur Geltung kommen können. Nur so sind wir vor Bürokratisierung und juristischer Formalhaftigkeit geschützt. Die Geltendmachung der Interessen der abhängigen Arbeit in der Verwaltung kann dadurch gefördert werden, daß die politischen Verwaltungsbehörden, wenn nicht dringende Fälle geboten ist, verpflichtet sein müssen, in mündlicher Verhandlung die Arbeiterräte zu hören. Die Arbeiterräte werden auf diese Weise

Beiräte der politischen Verwaltung.

Über hinaus kann eine unmittelbare Beteiligung an der politischen Verwaltung durch Arbeiterräte ohne jede Gesetzgebung des politischen Charakters der künftigen Gesetzgebungsergebnisse. Alle Arbeiterräte, die wir uns nach Bezirken territorial unter Einwirkung einzelner Sachverständiger organisieren können,

werden sich in Provinz-, Landes- und Reichsverbänden zusammenschließen. Die aus ordnungsmäßigen Wahlen hervorgegangenen Landes- und Reichskonferenzen der Arbeiterräte müssen das Recht haben, Gesetzesentwürfe zu beschließen und den politischen Parlamenten des Landes oder des Reiches mit der Wirkung vorzuschlagen, daß die Parlamente verpflichtet sind, solche Gesetzesentwürfe in derselben Weise zu behandeln, wie verfassungsmäßig eingebrachte Gesetzesentwürfe.

Das aufgestellte Programm für die Ausgestaltung der Arbeiterräte ist nicht weiter, als eine Verwirklichung der bereits vorhandenen Formen und Bestrebungen, die in vorbildlicher Weise die deutschen Gewerkschaften geschaffen haben und verfolgen. Die Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften sind die Kerne, um die sich die ins Auge gefassten Funktionen der Arbeiterräte gruppieren. Neu ist im wesentlichen nur die Forderung, daß den Landes- und Reichskonferenzen der Arbeiterräte

das Recht zur Initiative an das politische Parlament zuteilen soll. Daraus ergibt sich zwingend, daß die Organisation der Arbeiterräte, wie sie uns vorliegt, unter keinen Umständen gegen die Gewerkschaften, auch nicht um sie herum, sondern nur mit und auf ihnen geschaffen werden kann.

Es ist aber der Fall, in welchen die Gewerkschaften notwendig eine Erweiterung ihres Aktionsradius erfahren, um die Träger der neuen Einrichtung sein zu können. Die Arbeiterräte sollen die Interessen der Arbeiter und Angestellten sein. Die Gewerkschaften sind aber nur Organe einer Minderheit von Arbeitern und Angestellten. Träger der Arbeiterräte sind daher die Gewerkschaften nur dann, wenn sie alle Arbeiter und Angestellten in sich enthalten. Aus diesem Bedürfnis erwächst die Notwendigkeit, für jeden Arbeiter und Angestellten die Organisationspflicht einzuführen, mit der Maßgabe, daß es einem jeden Arbeiter und Angestellten freistehen muß, welcher Organisationsrichtung unabhängiger Art er sich anschließen will.

Die Gesamtorganisation der abhängigen Arbeit,

die auf diese Weise erreicht wird, ist für die kommende Sozialisierung ebenso wichtig, wie die Ausübung der politischen Gewalt zu Gunsten der Vertretung der industriellen Betriebe. Denn einen der hauptsächlichsten Widerstände gegen durchgreifende Sozialisierung bildet der unorganisierte Arbeiter, der sich in keinen Gesamtplan einordnet. Ohne diese Gesamtorganisation ist eine geregelte Ausübung der sozialen Demokratie nicht möglich. Arbeiterräte, Gewerkschaften und Organisationspflicht gehören deswegen zusammen.

Es ist diese Pflicht anerkannt, so ist das natürliche Verhältnis zwischen Arbeiterrat und Gewerkschaft hergestellt: die Arbeiterräte sind gesetzlich anerkannt, mit rechtlichen Funktionen versehen, Gewerkschaften sind die Organe der unabhängigen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die in ihnen und durch sie eine erhöhte Wirksamkeit erlangen. Die Arbeitsgemeinschaften der Organisationen untereinander wären nicht mehr von Fall zu Fall durch langwierige Verhandlungen spontan zusammengebracht. Sie wären kraft Gesetzes da, und die dadurch geschaffene Machtverteilung des gesellschaftlichen Faktors der abhängigen Arbeit planvoll in die soziale Verfassung des Volkes eingetrag. Der darin liegende Vorteil ist so außerordentlich, daß die in der pflichtmäßigen Organisation nichtorganisierten Arbeiter lebendigen Schwierigkeiten und Spannungen aufzuheben und abzurufen werden müssen. Die Geschäfte der Gewerkschaften zeigt, daß sie fähig sind, solche Schwierigkeiten zu überwinden.

Es sei uns das Problem der sozialen Demokratie

durch vorurteillose Schaffung der Arbeiterräte als Gesamtvertretung der organisierten abhängigen Arbeit, so wird das neue Recht der durch die Revolution geschaffenen Demokratie nicht nur im Geiste des Jahres 1918, sondern auch in unserem Geiste geschaffen sein, und die Ordnung, die wir erstreben, wird nicht nur eine politische, sondern auch eine sozial in sich gefestigte sein können.

Zugehörigkeiten an Deutschland.

Das 2. Juni der Berliner Reichstagskammer der „Neuzeit“ schreibt: „Wir wünschen, daß die Reichstagskammer die Angelegenheiten der Zugehörigkeiten an Deutschland zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Reichstagskammer die Angelegenheiten der Zugehörigkeiten an Deutschland zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Reichstagskammer die Angelegenheiten der Zugehörigkeiten an Deutschland zu machen.“

der aufzunehmen. Auch Lloyd George rechnet jetzt offenbar mit der Stimmung in den liberalen und radikalen Kreisen in England, die die Streike der Friedensbedingungen unterstützen.

Clemenceau soll gleichfalls zu weiteren Zugeständnissen bereit sein, vor allem in den Ostfragen, während Lloyd George für sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eintreten soll.

Der Tag der Antwort.

Genf, 3. Juni. Die Antwort, die diesen Freitag im Namen des Rats der Nationen von Clemenceau auf Brodhorffs Gegenanträge überreicht wird, ist nach ministeriellen Blättern in den Hauptfragen abgelehnt. Nur der finanzielle Teil bedürfte, da Wilson gewisse Zugeständnisse geneigt sei, einer oder zweier Sitzungen. Brodhorff soll für die Bedingung seiner Verantwortung und seiner Mitverantwortung Zeit gegeben werden, um bis Mitte Juni eine eingehende Antwort zu geben.

Wahlliche Verhandlungen?

Genf, 4. Juni. WTB. meldet: Aus Paris wird gemeldet: In französischen Arbeiterkreisen macht sich immer mehr eine Stimmung gegen einen Wahlkampf geltend. Die Gefahr verlohnt zwar, daß die Stimmung in der Öffentlichkeit ihren freien Ausdruck findet, jedoch zeigt sie sich immer deutlicher an. Die französischen Arbeiter erheben eine Anschuldigung mit dem deutschen Proletariat, worauf dann eine Revision des Versailler Friedens folgen würde.

Die Arbeiter werden aus Paris. Die englischen und amerikanischen Delegierten wollen für Zugeständnisse an Deutschland eintreten. Die „Morningpost“ bringt von ihrem Pariser Vertreter eine Information, wonach ganz bestimmt mit mündlichen Verhandlungen und mit Zugeständnissen hauptsächlich in der Deutlicher und der oberflächlichen Frage gerechnet werden kann. — Ferner meldet die „Morningpost“: Lord Lansdowne ist am Mittwoch von London nach Paris abgefahren. Es ist anzunehmen, ob er auf eigenen Wunsch oder im Auftrage Lloyd Georges abgefahren ist.

Die Republik des Großherzogs.

Berlin, den 3. Juni. (W. T. S.) Alle Nachrichten, die hiesiger jüdischer Stelle aus dem Rheinland eintrifft, lassen erkennen, daß die Franzosen mit allen Mitteln bemüht sind, die rheinische Republik nach Möglichkeit weiter auszu dehnen. In ihren Bestrebungen finden sie jedoch keinerlei Unterstützung bei den englischen und amerikanischen Befehlshabern des Rheingebietes. Die Bevölkerung des Rheinlandes wendet sich nach wie vor gegen die von den Franzosen gewünschte Bildung einer Rheinrepublik. Die Meldungen, die aus Köln, Mainz, Koblenz, Speyer und Kaiserslautern an hiesiger jüdischer Stelle eingelaufen sind, lassen deutlich erkennen, daß in diesen Städten alle Bürgerorgane ergebnislos geblieben sind. Nur in der Gegend von Aachen scheinen die französischen Bestrebungen bei der dortigen Bevölkerung ein gewisses Gegenkommen gefunden zu haben, denn von den Bewohnern jener Gegend, die schon von jeher einen gewissen Hang nach dem Westen hatte, hat sich auch der größte Teil der Bürgerschaft und der Anteiligen für die Bildung einer Rheinrepublik ausgesprochen. Im allgemeinen jedoch kann man sagen, daß der Wunsch der rheinischen Großherzöge durch die Maßnahmen der Reichsregierung binnen kurzem zunichte gemacht werden wird.

Wie wir erfahren, werden die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung heute nachmittag um 6 Uhr noch einmal eine Konferenz mit den Abgeordneten der belgischen Delegation abhalten und dabei die weiteren Maßnahmen zur Befestigung der Umtriebe im Rheinland erörtern.

Wie welchen Mitteln die Franzosen ihre rheinischen Wünsche zu verwirklichen suchen, geht auch aus dem Stimungsbericht der Agence Havas hervor, die den rheinischen Großherzögen ihre Hilfe leistet, indem sie sagt, die Bevölkerung der Rheinrepublik werde sich dem Jagd und der Verdrängung entgegenstellen, die die ganze Welt allem zuteil werden soll, was deutsch ist.

Die deutsche Rattenfängerkommission hat an Marjallauch eine Note gerichtet, in der sie gegen die Unterdrückung der holländischen Umtriebe im linksrheinischen Gebiet durch französische Militärs protestiert. Der Reichstagskammer Dr. Dorn hat an die Regierung eine Kundgebung gerichtet, in der er die Auslösung der rheinischen Republik mittels und mit Genehmigung bittet. Die Reichsregierung hat Herrn Dorn die einzig richtige Antwort erteilt, hat bei sofortigen Befehl gegen ihn erlassen. Die Reichsregierung hat auch gegen das Verhalten der französischen Befehlshaber

den, sowohl in Paris, wie in Spa, Prolet eingelegt. Ebenso hat die hessische Regierung gegen das Vorhaben des kaiserlichen Militärs protestiert. In Koblenz und allen Städten der Pfalz fanden tiefe Kundgebungen gegen den Sopherrat statt.

— Das kein Arbeiter Gohn aus dem getrennter Vor.
Frankfurt a. M., 3. Juni. Am Montag land im Wiesbadener Rathaus eine Repräsentation der Arbeiter, der auch der neue Stadtkommandant Richter beiwohnte. Das Ergebnis war der Beschluß auf Veranlassung des öffentlichen Ausschusses, durch die von dem kaiserlichen Beschlüssen die sofortige Einstellung des Krieges zu fordern. Es wurde, sonst würde die Lebensmittelversorgung einstellt, die Verkehrserleichterungen aufzuheben und die öffentlichen Betriebe mit Beschlag belegt werden. Bereinigung der Arbeit würde vor das Kriegsgericht kommen. Mit dem Arbeiterführer wurde wegen der Einstellung des Streiks verhandelt. Die besten folgende Bedingungen: Sofortige Beendigung des Krieges durch den Kaiser, Erklärung der Besatzungsbehörde, daß sie außer halb der Bewegung stehe und Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Volksversammlungen am Schluß, um den Willen der Bevölkerung einmündig zum Ausdruck kommen zu lassen. Diese muß gestellten Forderungen zuwider zu sein abgelehnt; die Weiterverhandlung wurde auf Mittwoch vertagt. Dann soll auch mit dem Parteiführer verhandelt werden.

Aus dem Friedensvertrag für Österreich. — Österreichs Grenzen.

Wien, 3. Juni. Das Wiener Korrespondenzblatt meldet aus Saint-Germain: Nachdem heute der deutsch-österreichischen Friedensdelegation überreichen Friedensentwurf für die Grenzbestimmungen betraf, daß Südtirol und die Südwestseite von Ähren, mit Ausnahme von Arnoldstein, Villach, aber einschließlich Klagenfurt und Völkermarkt, sowie ganz Südböhmern einschließlich Warburg und Stadt Adersburg der südlichen östlichen Seite zugewiesen werden. An den italienischen Grenzorten sollen nicht nur alle deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens einschließlich des Innerrhein, sondern auch des Böhmerlandes abgetrennt werden. In dem Vertrag wird sich ein Einverständnis über die Niederösterreich, ferner die ganze nordöstliche Seite bei Friburg und ein nicht unbedeutender Gebietsstreifen bei Gmund gesamt. Die Bestimmungen über die Eisenbahnen, Wasserwege und Häfen sind den deutschen Friedensbestimmungen nachgefolgt und enthalten eine einseitige Maßbefugnis und die Pflicht, Maßnahmen durch die Grenze aus Österreichischem Gebiet auszuführen zu lassen. Österreich erhält freien Zugang zur Adria, mit anderen Worten Freiheit des Handels dahin und in seine früheren Häfen. Den Italienern wird die Führung eigener Züge über die Straßen Freiburg—Trieste und Udine—Trieste, ebenso von Triest und Treviso über Österreichische Gebiete eingeräumt. — Ebenso wie für Deutschland sollen nach Pariser Bestimmungen auch für Österreich keine Verhandlungen zugelassen werden.

Erlaubung Deutschlands zur internationalen Kommission für Arbeiterrecht.

Der deutschen Delegation in Versailles ist eine Note Clemenceaus als Erwidrerung auf die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht zugegangen. Darin erklären die ältesten und assoziierten Regierungen, einig zu sein, in kurzer Zeit nach Friedensschluß die deutschen Vertreter in die internationale Kommission aufzunehmen und die Washingtoner Konferenz zu bitten, die deutschen Vertreter als gleichberechtigte Mitglieder zuzulassen.

Angedehnte Gewerkschaft Clemenceaus.

Zuerst ist festgestellt ist jetzt, daß Clemenceau in Frankreich bei seiner Verweigerungspolitik gegenüber Deutschland von einer erlösenden Opposition abgesehen ist. Seit die Unabhängigen in Berlin für die unbedingte Unterzeichnung demonstriert haben, ist der Widerpruch der französischen Sozialisten matt. Es ist diesen französischen Sozialisten, die am Tage nach Freisprechung des Jahres-Wörbers starken Zulauf gehabt und selber schon wieder Enttäuschungen erlebt haben, nicht sehr leicht, einen Vertrag zu bekämpfen, von dem auch der kleine Steuerzahler Vorteile empfinden erhofft. Mit erleichtertem Herzen, hoch der Bein zu entrinnen, bemüht sich Herr Marcel Cachin in der Humanität auf die Unabhängigen, die er als die einzigen Keinen hinstellt, und die ja doch schließlich selber nichts von Ablehnung, nichts von Verweigerung der Unterschrift wissen wollen.

Die Unterwerfungsbereiter, von denen nicht wenige früher Kriegsprediger waren, jagen den Clemenceau und Genossen täglich, daß Deutschland eigentlich die härtesten Bedingungen verdiene, da hier alle wie unter Wilhelm II. gekämpft sei. Einem Clemenceau ist es völlig gleichgültig, ob unsere Seele und unsere Einrichtungen in einem anderen Vertrag zu bekämpfen, dargebotene Argumente. Der elisavithische Sozialist Grumbach, der während des Krieges aus der Schweiz viel beachtete, hochachtungsvoll nicht deutschfreundliche Berichte an die Humanität geschickt und mit dem Decknamen „Somo“ unterzeichnet hat, schreibt im „Waldauer Republikaner“, der ehemaligen Wälderer Volkszeitung, an seine französischen Freunde einen „offenen Brief“. Mit klugen, eindringlichen Worten sagt er ihnen auseinander, daß aus dem Entente-Vertrage neuer Krieg und daß Frankreich auf seine heftigen Positionen mit Sicherheit zählen könne, da niemand wisse, was morgen werden wird. Er nennt die aus gegen die Unabhängigen, die fortwährend andauern, daß Deutschland sich nicht verändert habe, und fragt sie: „Woher wissen Sie das?“ Er fragt hinzu: „Da bin anderer Ansicht als Sie.“ In Deutschland, sagt er, müssen noch Wunderwerke dieser Welt gegeben sein, die sie gestern waren, aber das Deutschland von heute sei das alte nicht mehr.

Die Einberufung der internationalen.

Das Mitglied des dänischen Parteivorstandes und der dänischen Generalkommission J. P. Nielsen hat

einen offenen Brief an das internationale Bureau geschrieben, in dem er sich nach Befragung der Arbeiterbedingungen der Genossen und der deutschen Gegenwärtigen die Einberufung der internationalen forderte. Er schreibt dann weiter: „A.“

Klemenceau hat erklärt, daß in diesen Friedensbestimmungen die Arbeiter die Rechte auf die Besetzung von Bern gesamt haben.

Die Forderungen der Berner Konferenz beziehen sich auf den Friedensvertrag der Arbeiter wie folgt:

Sechs Monate dauert es in Paris, bevor die kapitalistischen Vertreter ihren Kampf nach Überwindung des Kampfes gegen die Arbeiter aufnehmen. Bis 1. August 1919 ist die Arbeit zu beenden, was die Geschichte bis jetzt gesehen hat — und dies geschieht im Namen der Gerechtigkeit, der Demokratie und des Arbeiterinteresses geführt werden ist. Man frage sich! Will die Internationale dagegen einschreiten?

Meinertreits in Frankreich.

Verailles, 3. Juni. Die Arbeiterbewegung in Frankreich nimmt weiter zu. „Laut Matin“ hat die Streikbewegung der Bergarbeiter in Nordfrankreich über Nord weiter an Umfang gewonnen. Es folgten gestern vormittag mindestens 82 000 Bergleute in Nordfrankreich. Die Bergarbeiterverbände im übrigen Frankreich beschließen, am 18. Juni den Generalstreik zu erklären, falls bis dahin nicht alle ihre Forderungen durchgesetzt seien.

Die Angehörigen der Pariser Warenhäuser rufen sich ebenfalls. Im Pariser Weltstreik wurde gestern der Generalstreik erklärt. 5000 Angehörige rufen die Arbeit nicht an. Auch in der Provinz streiken zahlreiche Arbeiterorganisationen.

„Populaire“ meldet noch aus Versailles, daß auch die Wagenarbeiter und die Holzarbeiter aller Pariser Betriebe sich dem Metallarbeiterstreik anschließen haben. Insgesamt sind 350 000 Arbeiter im Auslande.

Reichspräsident Ebert über die politische Lage.

Einem Mitarbeiter der D. Allg. Ztg. gegenüber hat der Reichspräsident sich über die deutsche Gegenwärtigen Lage in der Friedensfrage und die politische Lage geäußert: Die Gegner müßten jetzt zögern, ob sie die einfachen und klaren Gedanken der deutschen Gegenwärtigen vorzuziehen und gerecht aufzunehmen können.

Sie haben durch ihre Friedensvor schläge unheilvolle die Grenzen weit überschritten, die sie sich selbst bei Einigung des Waffenstillstandes gesetzt; sie verüben, den Gewaltfrieden zu machen, den sie Jahre hindurch als verdamntes Verbrechen und abscheuliches Kriegsverbrechen Deutschlands bekämpft haben. Was auch werden möge: wir dürfen den Mut und den Glauben an die Zukunft nicht sinken lassen.

Nachdem Ebert die Reichsverpflichtungspläne im Westen, die von „einigen Abenteuerern und moralisch und national verwerflichen Individuen“ im Einvernehmen mit französischen Generalen unternommen werden, gebührend kritisiert, er keine Veranlassung über die einschüchternden Behauptungen der Gegner der Einigung zum Deutschland aus. Weiter sagt er, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung die Friedensschlüsse durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Verabschiedung von Nationalversammlung und Staatsansehen. Ein Kabinett, das gegen die klaren Verhältnisse handeln wollte, wäre nur möglich, wenn die demokratischen Erregungsmomente der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden. Diefem Verlangen der Revolution, um links und rechts wird sich aber die große Masse unseres Volkes entgegenstellen; unser Volk wird entschlossen an der Demokratie und an seiner Selbstbestimmung festhalten.

Die Deutsch-Nationalen erheben Einspruch.

Die deutsch-nationale Fraktion der Nationalversammlung nimmt in einer Erklärung zu den Gegenwärtigen der Regierung Stellung. Ihre Ausführungen stimmen demselben Geist hochgradig überein und betonen, daß die ganze öffentliche Presse seit Tagen erhebt. Die Deutsche in der öffentlichen Schuld an der letzten verarmelten Lage Deutschlands tragen, erlauben sich, gegen alle und jede Maßnahme der Regierung zu protestieren, die dieser Lage Rechnung trägt. Sie haben zweifellos die größte Berechtigung dazu, vor allem, wenn sie, die während des ganzen Krieges dauernd die Gerechtigkeit der Reichstags und seine völlige Suspension verlangten, jetzt den Zutritt der Nationalversammlung fordern. Das übrige Gedächtnis, das auf der gleichen menschlichen Stufe steht, ist nicht wert, daß man es ernst nimmt.

Wahlforderung für die Eisenbahnen im besetzten Gebiet.

Wetzlar, 3. Juni. WTB. meldet am 11. Juni: Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat auf seine seit Monaten fortgesetzten Verhandlungen jetzt endlich von der Entente die Zustimmung erhalten, daß der Einrichtung des Wahlbezuges für alle Eisenbahnbeamten des besetzten Gebietes vom 10. Juni an nichts mehr im Wege steht. Die Durchführung der Maßnahme, für die alle Vorbereitungen getroffen sind, wird ohne Zögern vor sich gehen.

Die Brücke der Frau Zugbrücke.

Die im Landeshauptstadt gefundene Frauendliche ist tatsächlich die von Frau Zugbrücke. Anstatt daß man die Brücke dem in Frau kommenden Arbeiter zur Verfügung stellte, hat man sie auf Veranlassung des Oberkommandos

in den Werten in das öffentliche Leben in das Constanin Laqarett und Jochen gebracht, angeblich um zu befürchtende Unruhen zu vermeiden. Von links wird behauptet, man wolle die Leiche beseitigen, um sie vor der Welt für die Arbeitermengen Obduktion zu bringen oder zu veröffentlichen. Die Obduktion soll in Solten stattfinden an derselben Stelle, die Rechtsanwälte der Familie Bergmann beauftragen. Kon bei in Frage kommenden Rechtsanwälten Bergfeld, Rosenfeld, Weinberg hat letzterer verweigert, weil er die Bezeichnung die Obduktion nicht mehr für einwandfrei hält.

Und nochmals: Vogel.

Der Feld der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade, der Oberst Vogel ist nicht Angehörigen, am Rummelwiederholen. Da gehört hoch, um wenigstens ein paar Abschiedsworte nachzurufen in sein freiwillig ergriffen, wo er jetzt wahrscheinlich mit seinen Kameraden beim Feld sich tödlich über das düstere Deutschland und die entsetzte Arbeitererschaft amüsiert. Wir wollen ihm die Freude lassen, haben wir doch auch die unsere. Als das Abgehen noch auf der Klagebank lag, sich mit dem Glorionstein des nun jahren Unschuldigen umgab, und sich bei allem, was er sagte, nur von der Liebe zur Dichtung leiten ließ, da hatte er schon die Willens in der Tasche für die Dichte, die er nun angetreten hat. Man versteht jetzt alles. Er, der überläßt, hat die Dichtung in den Kopf geschoben und sie dann höchlichgehändig in die Erde geworfen um zu haben, führte seinen Kameraden, die über ihm „Recht“ sprachen, eine Komodie vor, die man erst jetzt in ihrem ganzen Umfang erkennt. Besonders der geschäftstüchtige Herr Janitsch ist ihm da beizufolgen. Dieser entgegenkommende Herr hat, nachdem die Unschuldigen, für die zu zeigen er sich erbot, sein Angebot jedenfalls nicht genügend „beweisen“, sich voll und ganz des Vogels angenommen, der die Sache wohl besser zu „würdigen“ verstand. Seine Aussage überließ sich im Laufe des Prozesses erheblich, das führte aber die Richter, da es sich um einen Vorteil für ihren Schilling handelte, fast gar nicht, im Gegenteil, man glaubte ihm alles alles und mehreren anderen entgegengelegten Aussagen nicht. Nicht genug das, Janitsch hat auch das Wort benutzt, mit dem das Abgehen fahrlässig zum Tode verurteilt können! Was macht denn ein Urteil? Auch in Deutschland tut man nur die heufen, die man hat, Vogel oder hatte man nie. Er spielte eine Komodie, folgend, folgend mit den Fingern und entließ. Zudem ist seine „Gruß“ ja rein und ungetrübt. Er ist völlig freigegeben — und die Befreiung der Dichte — ich bitte Sie, der Dichtung wegen in die er zu handeln, nur der Dichtung wegen. Kein Feind, kein Vogel, kein Vogel. Aber er hat uns doch einen großen Gefallen getan. Er hat uns gezeigt, daß es möglich ist, schadenlos zu werden, nachdem man gemordet hat und die Leiche beseitigt, daß es möglich ist, ein Verbrechen der Rolle zu führen, ein ganzes Land, das man ein Stück weit doch in Ehrennamen sich über, aber über die Schranken und betrügerisch über Landesgrenzen hinwegsetzen kann in Deutschland — und daß noch ein vielgeliebter und geachteter Mann ist. Wir freuen uns! Auch darüber, daß man Vogels Komodie, Flug—Haltung, nach Dänemark entwichen ließ. Unterstützte der völlig freigegebene doch legendenwas Dänisches, daß ihm der Boden zu heiß wurde in Deutschland?

Der neue militärische Gruß.

Einem Gruß der Reichsregierung vom 20. Mai über den militärischen Gruß entnehmen wir folgende Hauptpunkte: 1. Vorgelegte und Untergebene haben sich gegenseitig zu grüßen. Einseitiger Grußzwang der Untergebenen existiert nicht. 2. Der Gruß wird von allen Heeresangehörigen in der Bewegung, im Stehen und im Gehen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung ausgeführt. (Einige Bestimmungen über Anlegen, wie der Gruß der Radfahrer, sind auf Anhieb, kommen in Fortfall.) 3. Die Grußpflicht ruht bei Annehmungen, in Verarmungsgelassenen, bei Besondere freigegebenen. Es können wir aus dieser Bestimmung kaum herablesen. Nur der Dienst für welche sich unbekannter Personen ungenügend, ob der Grußzwang einseitig oder gegenseitig sein mag.

Der Groß-Berliner Bezirksverband gegen die Militärübergriffe.

Der Vorstand des Bezirksverbandes nahm am Sonnabend, den 31. Mai Stellung zu den Vorgängen der letzten Zeit, bei denen die Freiwilligen-Regimenter eine Rolle spielten, und nahm einstimmig folgende Erklärung an:

„Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. nimmt mit größter Entrüstung davon Kenntnis, daß unter anderem Militärliche amtierter Militärpersonen der unter Hochachtung der Bevölkerung bezeichneten Vogel aus dem Zusammenhang entlassen wurde. Er verlangt, daß die Regierung die Unterwerfung dieses handlungsbedürftigen Vorfalles richtigstellt und mit größter Schleunigkeit durchführt. Die als laudabil festgestellten Dienstleistungen und Beamten müssen sofort von ihren Posten entlassen und aus dem Reichsdienst entfernt werden. Die in der letzten Zeit mehrfach unter Militärangebot vorgenommene Verarmungsgelassenen, an denen zwar das formale Recht, aber keine tatsächliche Notwendigkeit vorliegen hat und die lediglich berechnete Inanspruchnahme des Grusses in der Bevölkerung geschaffen haben.“

Der Vorstand der Unabhängigen und Kommunisten der Regierungsgewaltungen ist sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Volksmehrheit gegen die Befehle der Militärpersonen, die in der letzten Zeit mehrfach unter Militärangebot vorgenommene Verarmungsgelassenen, an denen zwar das formale Recht, aber keine tatsächliche Notwendigkeit vorliegen hat und die lediglich berechnete Inanspruchnahme des Grusses in der Bevölkerung geschaffen haben.“

Die deutschen Truppen müssen auf Befehl der Entente in Letztland bleiben.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Berlin mitteilt, haben die Alliierten in Spa am 30. eine neue Note betreffend die deutschen Truppen

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Fritz Steff-Gesellschaft.
„Die Hochzeit des Maharadscha“.
Grosse Ausstellungsschau in 6 Bildern v. Berg.
Musik v. Viktor Holländer.
Kasse v. 10—11 u. 4—6.

Bad Wittekind.
Heute abend 8 Uhr:
Extra-Konzert
von der Kapelle des Städt. Theaters.
Nr. 36.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 5. Juni 1919, Anfang 7, Ende 10^{1/2} Uhr:
Lohengrin
von Richard Wagner.
Freitag: Wilhelm Tell.

Chalin-Theater.
Gastspiel des Stadttheaters-Ensembles, Sonntag, den 8. Juni 1919 (11. Freitagstag) abends 7^{1/2} Uhr:
Nur ein Traum.
Aufspiel von Felix Schmidt, Montag, den 9. Juni 1919 (12. Freitagstag) abends 7^{1/2} Uhr:
Der Raub der Cabinerrinnen.
Schonk von Fran. und Paul Schönhan.



Fernruf UT 5738.
Aite Promenade 11a.
Voranzelge.
Ab Freitag, den 6. Juni:
Dida Ibsens Geschichte.
Ein Finale zum Tagebuch einer Verlorenen mit
Anita Berber, Werner Krauss, Conrad Veidt.

Apollo-Theater
Operetten-Gastspiel des Städt. Theaters.
Täglich abends 8 Uhr:
„Wo die Lerche singt...“
Operette v. Franz Schalk.
Schauspiel: Emmy Sturm a. G.
Vorverkauf 9—11 u. 5—7.

Zoo.
Donnerstag, den 5. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr und abends 7^{1/2} Uhr:
Konzert
von der Kapelle des Städt. Theaters.
Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
Erste Loge 1.—M.
(von 7 Uhr abends ab 75 Pf.).
Kinder 50 Pf.
Belandungen dieses Tages finden die Konzerte im Saale statt.

E. Kramers Konzerthaus
Dehlitzscher Strasse 2
♦ Täglich Konzert ♦
von erstklassiger Damenkapelle.

Altennommierte Möbel-Fabrik
6. Hauptmann
KI. Ulrichstr. 38a u. 6a. 200 Musterzimmer.
Speisezimmer
Schlafzimmer
Küche
jeder Probiertag

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis (Alle Partei).
Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale des St. Nicolaus, Nikolaistraße
Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
I. Diskussion über die Anträge zum Parteitag in Weimar.
II. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden gebeten pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch ist vorzusetzen.
Der Vorstand.

Lichtspiele Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.
Erstaufführung mit dem beliebtesten Kinokünstler
Bernd Aldor
in dem wachselvollen Drama
„Herr über Leben und Tod“
Morgen letzter Tag!
„Eine junge Dame von Weib“ mit Mady Christians
Heinrich Schrott.
Voranzelge! Ab Freitag, den 6. Juni 1919

Hippodrom Wintergarten.
Dir.: Georg Arndt.
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
Heute Mittwoch abend 8^{1/2} Uhr ringen:
Buchheim gegen **van der Heydt**
Die besten Techniker. Wer wird siegen?
Jos. Pfaff gegen **Pache**
Meister v. Deutschland
Metzner gegen **Axel Schmidt**
Urbansky gegen **Jaeneck**
4 spannende Kämpfe.
Morgen Donnerstag: Beginn der
Finale-Kämpfe.
Plätze sichern! Plätze sichern!
Der Reitsport
findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönen, schattigen Garten des Wintergartens statt.
Vorzügliches Pferdmaterial.
Gute Speisen und Getränke.

Nur noch bis Donnerstag!
Ein erstklassiges Programm!
Das Tagebuch Collins.
Kriminal-Sensation in 4 Akten mit Ellen Richter.
Verlobt für eine Nacht. Meine Frau hat Mut.
— Zwei tolle Filmburlesken —
Ab Freitag: Nochmals die grosse amerik. Sensation: „Schmutziges Geld“

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26 am Ratskeller. 3647

Wir suchen sofort für unser Werk bei Bahnhofs-Teichschloß
10—15 kräftige Förderleute
bei hohem Verdienst. Unterkunft und Verpflegung auf dem Werk.
Anfragen bei unserem Werk bei Bahnhofs-Teichschloß.
Kallwerk Krügershall,
Aktien-Gesellschaft, Halle a. S. 3735
10—15 kräftige Förderleute
werden eingeleitet. — Verpflegung und Unterkunftsdiene vorhanden.
Betriebsverwaltung der Gewerkschaft Salzgrube in Zappendorf.

Möbelvertrieb Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16. Ecke Grosser Sandberg
Wohnungs-Einrichtungen
In allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.
2512

Das Gute Scheffel-Brot
ist unübertroffen an Qualität und Bekömmlichkeit.
Überall zu haben.
2909

Wir liefern
BEZUGSCHEINFREI
guten heizkräftigen **STICHTORF BRENNHOLZ** Kiefern u. Buchen (o)fenfertig 3778
H. Proepper & Co.,
G. m. b. H.
Konlor: Magdeburgerstr. 55 :: Fernsprecher Nr. 1249

Bekanntmachung.
Die Annahme von Nachstückeräten ist ab 1. Juni allgemein freigegeben, abgesehen von einzelnen noch bestehenden örtlichen Annahmeperrern. Die seit dem 11. Sept. 1918 bestehende Einschränkung in der Annahme von Nachstückeräten ist somit aufgehoben.
Halle (Saale), den 3. Juni 1919.
3785

Schredschuß-Apparate
sicherer Schutz gegen Diebstahl
2512

gleichen Alter und Reichtums für die Ideen des Sozialismus... Sängerverein hat 11 Unabhängige, 4 Reichsbürgerliche...

kleine Nachrichten. Der Feilhaber der Fernhemde bei Metz... Wetzlar (Kauflager) überläßt die der Feilhaber...

Aus dem Reich.

München, 8. Juni. (W.B.) Vom Stadengericht... München, 8. Juni. In einer gestern abend abgehaltenen Vertrauensämterversammlung...

Anträge

München, 8. Juni. Ein sozialdemokratischer Bürger... zu dem am 10. Juni 1918 und folgende Tage nach Weimar...

Sonstige Anträge.

Münch. Sofortige Auflösung sämtlicher Freiwirtschafts... Münch. Einleitung sämtlicher antioberster Offiziere...

bei einigende Menschen über ihren gegenwärtigen Lebens... die Kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum...

Die Kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum... 1. Die absolute Sicherung des Existenzminimums...

Lebensmittel-Kalender.

125 Gramm ausländisches Schweinefleisch. Der Verkauf von... 12. Juni. 125 Gramm ausländisches Schweinefleisch...

48-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100

Streu. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./... 4. Nov. 1917 wird der Verkauf von Stroh wie folgt geregelt...

Schlößl. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsstatens... über den Verkauf von Schlößeln vom 20. Juli 1916...

Äußerliche Bekanntmachungen für Weisenfels

Die gemäß unserer Aufforderungen vom 13. Dezember 1916... und 11. Januar 1917 während der Dauer des Krieges...

Spezierung der Babenwiese als Tummelplatz für die Jugend... Am die Grasnutzung bzw. Feuertanz zu führen...

Fleischgabe. Die Fleischmenge für die Woche vom 1. bis... 7. Juni beträgt: 150 Gramm Fleisch...

Wortmarken-Verkauf. Mit Rücksicht auf das Wirtschaf... die nächste Wortmarken-Verkaufsausgabe...

Ausgabe der Reichsblätter. Die Ausgabe der Reichs... Blätter erfolgt am Freitag, den 8. Juni, und Sonnabend...

Aus Hauswirtschaftlichen verstorbenen Familien (Selbst... verstorben) müssen diese Fleischgaben...

Unter den vielen Mitteln, die bei Reklamations, Wirt... (Wohl) ist, ist der beliebteste Mittelteil...

Am Pfingstsonntag, den 7. Juni, bleiben die Kassen und Geschäftsräume sämtlicher Mitglieder der Vereinigung Halescher Bankfirmen geschlossen.

Reparaturen an Uhren. Übernimmt bei jeder Auslieferung... Friedrich Engels Die Entwicklung des Sozialismus...